**Presseschau vom 18.05.2020**

*Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*
*Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein.*
*Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.*
*Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.*
*Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“*

**Außer der Reihe – Lesetipps:**

*Andrej Koz*: **Pentagon-Bericht: Anlass für den „Terrorkampf“ ist das Ölgeschäft**
134 Seiten dick ist der Bericht über den US-Einsatz gegen den IS-Terror im Nahen Osten, den das Pentagon dem Kongress vorgelegt hat. Das Wesentliche: Die US-Truppen im Irak und Syrien werden bei Einheimischen immer unbeliebter, der IS* erfährt mehr Zulauf. Aber was die Amerikaner am meisten beunruhigt, ist das syrische Öl und Gas. …
https://sptnkne.ws/Cyuu

de.sputniknews.com: **Umfrage: Skepsis der Deutschen den USA gegenüber wächst**
Alljährlich führt die Körber-Stiftung eine große Umfrage zu Deutschlands Außenpolitik durch. In diesem Jahr wurden die Fragen im Kontext der Corona-Pandemie gestellt. Hat sich das Verhältnis der Deutschen zu China, zu den USA, zur EU durch die Krise verändert? ...
https://sptnkne.ws/Cyy7

**abends/nachts:**

de.sputniknews.com: **Tschechiens Innenminister: Prag hat keine Beweise für russische Vergiftungspläne**
Der tschechische Innenminister Jan Hamáček hat in Bezug auf die Vergiftungsvorwürfe gegen

Russland das Fehlen von Beweisen eingeräumt. Laut Hamáček können die Ermittler zum jetzigen Zeitpunkt nichts Handfestes vorweisen.
Der Innenminister äußerte sich zu dem Fall des russischen Diplomaten, der laut tschechischen Medien zwei Prager Kommunalpolitiker vergiften wollte.
„Sie können einen Diplomaten nur in dem Fall ausweisen, wenn handfeste Beweise dafür vorliegen, dass hier etwas vor sich geht. Momentan sieht es leider danach aus, dass die Polizei und Behörden wahrscheinlich keine Beweise vorbringen können“, sagte der Politiker in einer tschechischen Fernsehsendung.
Hamáček fügte hinzu, dass ein russicher Diplomat, der mit diesem Fall in Verbindung gebracht wird, bislang keinen Personenschutz (eine Forderung des russischen Außenministeriums - Anm. d. Red.) erhalten habe, aber das dies im Gespräch sei. Für die Sicherheitsbehörden sei die Aufklärung dieses Falls durch die Veröffentlichungen der Medien erschwert worden. Der dafür Verantwortliche müsse belangt werden, so der Innenminister.

**Vergiftungsvorwürfe gegen Russland**

Ende April hatte die Prager Wochenschrift „Respekt“ mit Verweis auf Quellen im Geheimdienst berichtet, dass ein Mann mit russischem Diplomatenpass vor drei Wochen nach Prag gekommen sei und in seinem Koffer das tödliche Pflanzengift Rizin mitgeführt habe. Das Gift sei für Ondřej Kolář (Bürgermeister des Sechsten Prager Stadtbezirks) und für Oberbürgermeister Zdeněk Hřib bestimmt gewesen, hieß es weiter. Die beiden hatten die Demontage des Denkmals für den sowjetischen Marschall Iwan Konew und die Umbenennung des Platzes vor der russischen Botschaft in Prag in Boris-Nemzow-Platz initiiert.
In den darauffolgenden Wochen spekulierten die Medien über den mutmaßlichen Täter und nannten dabei Namen. Als ein russischer Diplomat in Tschechien daraufhin Morddrohungen erhalten hatte, forderte Russlands Außenminister Sergej Lawrow Prag dazu auf, dem Mann polizeilichen Schutz zu gewährleisten.
Die russische Botschaft in Prag hat in einer Protestnote an das tschechische Außenamt darauf hingewiesen, dass unbegründete Attacken auf Russland und seine diplomatische Vertretung in Prag unzulässig seien. Kremlsprecher Dmitri Peskow bezeichnete die tschechischen Medienberichte als „Zeitungsente“. Sprecherin Maria Sacharowa stufte diese Medienberichte als Fake-News ein, die die bilateralen Beziehungen vergiften würden.

de.sputniknews.com: **Maas hält Ausstieg Deutschlands aus nuklearer Teilhabe für keine Option**

Außenminister Heiko Maas hat vor dem Vorstoß des SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich gewarnt, der Deutschland aus der nuklearen Atomwaffen-Teilhabe der Nato herauslösen will. Eine totale Abkehr von diesem Problem kann laut Maas keine Lösung sein.
Maas bezweifelte, dass mit einem Ausstieg Deutschlands aus der nuklearen Teilhabe weltweite Abrüstungsinitiativen in Gang gesetzt würden. „Wenn man sich lediglich davon verabschiedet und sagt, ich will damit nichts zu tun haben, wird es nicht eine einzige Atombombe weniger auf der Welt geben“, sagte Maas am Sonntagabend im ARD-‚Bericht aus Berlin‘.
Mit seiner Forderung, künftig die Stationierung von US-Atombomben in Deutschland auszuschließen, hatte Mützenich vor allem aus der Union Kritik auf sich gezogen. Auf dem Luftwaffenstützpunkt im rheinland-pfälzischen Büchel lagern Schätzungen zufolge noch etwa 20 US-Atombomben. Für ihren Einsatz sind dort Tornado-Flugzeuge der Bundeswehr stationiert.
Auslöser für die Diskussion war der Vorschlag der deutschen Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU), die Tornado-Flotte der Bundesluftwaffe durch Eurofighter sowie F-18-Kampflugzeuge des US-Herstellers Boeing zu ersetzen.
SPD-Fraktionschefs Rolf Mützenich hatte argumentiert, dass Atomwaffen auf deutschem

Gebiet keine Sicherheit bringen würden. Ihm zufolge wird Deutschland dem Nato-Bündnis durch das künftige Ausschließen einer Stationierung keinen Schaden zufügen. Das hätten schließlich auch andere Staaten getan, ohne dabei die Nato infrage zu stellen.
Darüber hinaus verwies er auf die neue Nuklearstrategie von US-Präsident Donald, welche Atomwaffen nicht mehr nur als Mittel zur Abschreckung vorsehe, sondern auch als Mittel zur Kriegsführung. Damit ist laut Mützenich das Risiko einer Eskalation unüberschaubar geworden. Auch ohne Nuklearwaffen auf eigenem Gebiet könne Deutschland die Nuklearstrategie der Nato mitprägen, versicherte der SPD-Politiker.

**vormittags:**

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 17. Mai wurden wurden drei Feuerangriffe von Seiten der BFU mit Schützenpanzerwaffen und 82mm-Mörsern festgestellt: Beschossen wurden **Beresowskoje** und **Smeloje**.
Geschossen wurde mit Schützenpanzerwaffen und großkalibrigen Maschinengewehren.
Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 17. Mai 3:00 Uhr bis 18. Mai 3:00 Uhr**
Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 7.
Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen … (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).
In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Siedlung des Bergwerks 6/7), Oserjanowka, Spartak, Kaschtanowoje, Petrowskoje, Oktjabrj.**
Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU gestern um 19:55 Uhr das Feuer in Richtung Oktjbarj eröffnet. Infolge des Beschusses wurde ein Schaden an der Fensterverglasung des Hauses in der Schtschorse-Straße 31 festgestellt.
Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.
**Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 97.**
Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.
In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 71.
Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Trägerrakete bringt geheimen US-Militärapparat ins All**
Am Sonntag ist eine Trägerrakete Atlas V mit dem geheimnisvollen Shuttle X-37B erfolgreich von Cape Canaveral im US-Bundesstaat Florida gestartet. Das US-Raumfahrtunternehmen United Launch Alliance hat den Start live übertragen.
Die Trägerrakete Atlas V hob um 09.14 Ortszeit vom Startplatz Cape Canaveral im US-Bundesstaat Florida ab.
Es ist bereits die sechste Mission des Raumschiffs X-37B im All. Bei dem aktuellen Einsatz

sollen unterschiedliche Experimente durchgeführt werden. Im Auftrag der Nasa sollen die Auswirkungen der Weltraumstrahlung auf Saatgut erforscht werden.
Unter anderem soll der Satellit FalconSat-8 der Air Force Academy ausgesetzt werden. Zudem ist ein Experiment geplant, wobei Sonnenlicht durch einen sogenannten Mikrowellen-Laser in hochfrequente Energie umgewandelt werden soll. Die gewonnene Energie soll anschließend zur Erde übertragen werden.
X-37B wurde ursprünglich im Auftrag der Nasa von Boeing Phantom Works, einem Tochterunternehmen von Boeing, entwickelt.
Erstmals zum Einsatz kam X-37B im Jahr 2010. Mit seiner fünften Mission, die am 7. September 2017 begann, stellte das Shuttle mit 780 Tagen einen Rekord beim Aufenthalt im All auf. Der Gleiter soll damals drei Satelliten ausgesetzt haben. Die Landung am Kennedy Space Center in Florida erfolgte am 27. Oktober 2019.
2018 hatte sich der Chef der russischen Raumfahrtbehörde Roskosmos, Dmitri Rogosin, zu Vermutungen geäußert, dass die Amerikaner an Bord der X-37B Technologien zur Entwicklung von Weltraum-Abfangwaffen testen.
Seiner Ansicht nach kann X-37B als Waffenträger eingesetzt werden. Rogosin zufolge versteht man in Moskau sehr gut, dass die Amerikaner nie offiziell zugeben würden, dass X-37B Waffen an Bord nehmen könnte. „Wir werden unsererseits jegliche öffentlichen Erklärungen vermeiden, aber uns ist klar, dass das durchaus möglich ist, vielleicht sogar Massenvernichtungswaffen.“
Dass dieses Projekt militärische Zwecke verfolgen könnte, bestätigte auch die frühere US-Luftwaffenministerin Heather Wilson. Ihr zufolge macht die überdurchschnittliche Manövrierfähigkeit von X-37B andere Länder „verrückt“.
<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/DRf2MTAlQTo" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>
https://youtu.be/DRf2MTAlQTo

Dnronline.su: In den letzten 24 Stunden wurden **in der DVR keine neuen Fälle von Infektionen mit COVID-19** festgestellt, teilt der Pressedienst des Gesundheitsministeriums der DVR mit.
Am 18. Mai 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 248 Fälle von Infektion registriert.
207 Patienten sind derzeit in Behandlung, 36 als gesund entlassen, es gibt fünf Todesfälle.
273 Personen mit Grippesymptomen wurden als gesund entlassen, nachdem sie zweimal negativ auf Covid-19 getestet wurden.

Lug-info.com: **In der LVR sind am 17. Mai 2020 328 Fälle von Erkrankungen an Covid-19 registriert**, das sind 11 mehr als am Vortag, 111 Personen sind als gesund entlassen.

de.sputniknews.com: **Rückkehr des „Kaspischen Monsters“: Russland entwickelt neues Bodeneffektfahrzeug**
Russland baut ein neues „Seemonster“ – das Bodeneffektfahrzeug „Tschaika“ (A-050), das 2020 fertiggestellt werden soll. Es geht dabei um eine Weiterentwicklung des experimentellen „Kaspischen Monsters“ (KM), also des Raketenträger-Bodeneffektfahrzeugs der Lun-Klasse (Projekt 903, Nato-Codename Utka). Das US-Portal „We Are the Mighty“ berichtet.
Die bekanntesten und erfolgreichsten Bodeneffektfahrzeuge („Ekranoplane”) der Sowjetunion waren die Projekte „Lun“ und „Orljonok“. Die Mehrtonnenfahrzeuge vom Typ „Lun“ beschleunigten bis auf 500 Stundenkilometer, waren mit Schiffsabwehrraketen bewaffnet und für Radargeräte praktisch unsichtbar. Das kleinere „Orljonok“ konnte bis zu 150 Soldaten und mehrere Schützenpanzer aufnehmen.
Derzeit bieten die Entwickler dem russischen Verteidigungsministerium eine neue Generation

von Ekranoplanen an. Durch die Verwendung moderner Materialien wiege die A-050 „Tschaika-2“ etwa 50 Tonnen und könne hundert Soldaten oder neun Tonnen Fracht an Bord nehmen. Mit Hilfe von Flugzeugtriebwerken könnte das Fahrzeug nicht nur über der Wasseroberfläche, sondern auch über Eis oder einer flachen Steppe auf bis zu 450 Stundenkilometer beschleunigen und bis zu 5000 Kilometer zurücklegen.
Zuvor sagte der russische Handelsminister Denis Manturow, Russland sei dabei, einen vielversprechenden Ekranoplan mit Raketenwaffen zu entwickeln. Ihm zufolge wird der Ekranoplan eingesetzt, um die Nordseeroute zu schützen und vor der Küste des Schwarzen sowie des Kaspischen Meers zu patrouillieren.

https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32713/67/327136715_55:83:1133:666_1000x0_80_0_1_fc14b5f83498954734c78ee17df1cc6f.png.webp

Lug-info.com: **Erklärung des bevollmächtigten Vertreters der LVR bei den Minsker Verhandlungen und Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego**
„Mit denen können wir nicht verhandeln, gebt uns andere“ - mit einer solchen Einstellung hat die neue ukrainische Delegation bei den Minsker Verhandlungen ihr erstes Videotreffen mit dem Donbass beendet.
Tatsächlich, wie soll man diejenigen, denen jeden Tag Mörser- und Artilleriegeschosse in Haus kommen, von den friedlichen Absichten der Ukraine, die seit sechs Jahren den Donbass beschießt, überzeugen? Und der einfachste Ausweg für die Ukraine ist in dieser Situation, die wirklichen Vertreter des Donbass gegen ihre untergeschobenen Verhandlungsteilnehmer auszutauschen. Zum Beispiel „zeitweilig umgesiedelte Personen“. Solche, die formal eine Verbindung zum Donbass haben, aber in der Minute der Gefahr, ihr Haus, ihr Land im Stich gelassen haben. Solche, die ihre Landsleute, die den bewaffneten nationalistischen Staatsstreich 2014 in Kiew nicht akzeptiert und anerkannt haben und zur Verteidigung ihrer Identität, ihres historischen Gedächtnisses, ihrer Sprache, ihrer Helden, ihrer Ideale und zur eigenen Verteidigung und der ihrer Kinder gegen die Anschläge von Neonazisten und historischen Revanchisten aufgestanden sind, verraten haben.
Die Logik Kiews ist klar. Warum reale Minsker Verhandlungen führen, auf Kompromisse eingehen, vor einer aggressiven Minder im inneren des Landes Angst haben, wenn es möglich ist, ein derartiges „Potjomkinschen Dorf“ an Stelle von Minsk aufzubauen? … Vielleicht werden die „europäischen Partner“ bereit sein, zu unterstützen, was die ukrainische Propaganda vorbringt.
Und tatsächlich hat Herr Jermak die Absicht, für die nächste Videokonferenz der Kontaktgruppe seine eigenen handzahmen „Vertreter des Donbass“ zu benennen, mit denen nicht verhandelt werden muss. Sie werden selbst die Positionen derer, die sie ernannt haben, vorbringen…

Nur warum dann das Minsker Aushängeschild? Der Donbass wird gestrichen, Russland wird bei einer solchen Zusammensetzung der „Verhandlungsteilnehmer“ nicht mehr Vermittler sein müssen, sondern die neuernannten Verhandlungsteilnehmer sowohl von der offiziellen Ukraine als auch die Attrappen als „Vertreter des Donbass“ werden zusammen mit der OSZE-Mission in der Hand Kiews sein. Es würde möglich sein Verhandlungen Kiews mit Kiew in Kiew zu führen.
Da gibt es nur ein Übel – welche Perspektiven haben solche Verhandlungen? Wer wird die Entscheidungen umsetzen?
Wie werden die Jermakschen „Vertreter des Donbass“ die Umsetzung der von ihnen unterstützten Entscheidungen in den Republiken gewährleisten? Wer, außer Kiew, wird sie ernst nehmen? Oder denkt Kiew einseitig in Abstimmung mit „Verkleideten“ den Maßnahmekomplex in der Form, in der es ihm nötig und günstig ist umzusetzen – ohne Berücksichtigung der Meinung des Volks des Donbass, das auf „jener Seite“ lebt.
Aber das wird nicht die Probleme lösen, die den Konflikt hervorgebracht haben. Es wird faktisch keinerlei Regelung geben.
Also Herr Resnikow, Kuleba, Jermak und andere, haben Sie den Mut direkt zu sagen, ob Sie bereit sind Auge in Auge mit dem Donbass zu verhandeln? Wenn Sie bereit sind – dann bitten wir freundlich an den Verhandlungstisch. Wenn Sie nicht bereit sind – lassen Sie den Donbass in Ruhe und verhandeln Sie mit wem Sie wollen. Und der Donbass wird weiter seinen Weg gehen!

**nachmittags:**

de.sputniknews.com: **Weber: Europa sollte chinesische Firmenübernahmen vorübergehend verbieten**
Der Fraktionschef der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP) im EU-Parlament, Manfred Weber, fordert, China befristet per Gesetz am Aufkauf europäischer Firmen zu hindern.
Weber zufolge versuchen derzeit chinesische Unternehmen, teilweise mit Unterstützung aus Staatsgeldern, verstärkt, europäische Unternehmen aufzukaufen, die seit der Corona-Krise billig zu haben oder in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind.
„Wir müssen, europäisch koordiniert, die Einkaufstour chinesischer Unternehmen bis zum voraussichtlichen Ende der Corona-Krise zunächst für ein Jahr rechtlich untersagen und eine Art Verkaufs-Moratorium für europäische Unternehmen verabschieden. Wir müssen uns schützen“, sagte Weber in einem Interview der „Welt am Sonntag“.
Weiter sagte der CSU-Politiker, er sehe China als den strategischen Konkurrenten für Europa, der ein autoritäres Gesellschaftsmodell vertrete, seine Macht ausbauen und die USA als Führungsmacht ablösen wolle. „Wir müssen das Land als Weltmacht ernst nehmen, Respekt zeigen, aber wir müssen vor allem wachsam sein“, meint Weber.
Außerdem müsse die EU streng überprüfen, wie die Corona-Hilfsmilliarden aus dem geplanten Wiederaufbaufonds jeweils verwendet werden. Länder wie Italien oder Spanien dürften die Milliardenhilfen zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Krise keinesfalls nutzen, um ihre Haushaltslöcher zu stopfen oder Renten auszubezahlen.
„Wir brauchen eine strenge Kontrolle, dass die Gelder auch ordnungsgemäß ausgegeben werden.“ Das Geld müsse „sinnvoll und zukunftsorientiert“ verwendet werden.
Die EU-Staats- und Regierungschefs hatten sich grundsätzlich auf die Gründung eines sogenannten Recovery Funds in Billionenhöhe geeinigt. Die Details sind aber umstritten. Die EU-Kommission soll nun ein kompromissfähiges Modell ausarbeiten.
Laut Weber sollten der Europäische Rechnungshof, die EU-Kommission und das Parlament

alle Ausgaben direkt prüfen können, verbunden mit einem Zugriff auf die Buchungen in den jeweiligen Ländern. „Dann wäre die EU nicht nur auf die Daten angewiesen, die ein Land zur Verfügung stellt. Mein Vertrauen beispielsweise in den tschechischen Ministerpräsidenten Babis ist in diesem Zusammenhang nur äußerst begrenzt“, sagte Weber.

https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32713/80/327138096_0:193:3072:1855_1000x0_80_0_1_30f312bdf04de2bd73a5e246e28d1195.jpg.webp

ombudsmandnr.ru: Die Regierung der Ukraine demonstriert ein weiteres Mal ihre gleichgültige Haltung gegenüber den Rechten und Freiheiten friedlicher Einwohner. Dies zeigt sich am Einsatz von Methoden psychologischer Einwirkung, um notwendige Informationen zu erhalten, sowie im Druck auf Anhänger der DVR durch Verfolgung ihrer Verwandten, die auf dem Territorium der Ukraine leben.
An die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR hat sich der ehemalige Soldat der ukrainischen Streitkräfte, A.W. Kapizikij, geb. 1972, mit der Bitte gewandt, juristischen Schutz und Unterstützung bei der Gewährleistung der Sicherheit seiner Verwandten zu leisten.
Der Antragsteller verwies darauf, dass Mitarbeiter des SBU auf Mitglieder seiner Familie psychologischen Druck ausüben. Unter der Drohung gesetzwidriger Verfolgung befinden sich seine Mutter und sein Vater.
Gegen sie werden regelmäßig Drohungen ausgesprochen und Zeugenaussagen gegen A.W. Kapizkij gefordert, um letzteren dann des Landesverrats zu beschuldigen.
Um die Sicherheit der Verwandten von A.W. Kapizkij zu gewährleisten, habe ich entsprechende Schreiben an das IKRK, die UNO und die OSZE gerichtet.
Wir rufen die internationalen Organisationen auf, eine zuverlässige juristische Bewertung der Handlungen der Vertreter der ukrainischen militärischen Strukturen abzugeben. Wir erinnern daran, dass dies nicht der erste Fall ist, dass gesetzeswidrige Methoden der Einwirkung auf Verwandte von Anhängern der DVR, die auf dem Territorium der Ukraine leben, eingesetzt werden.

de.sputniknews.com: **Mit virtueller Botschaft in Jerusalem: Teheran will sich gegen Israel wehren**
Das iranische Parlament hat am Montag einem Gesetz zugestimmt, das die Schaffung einer virtuellen Botschaft in Israel vorsieht. Damit will Teheran den „feindlichen Aktionen“ von Israel entgegenwirken. Dies berichten iranische Medien am Montag.
Während einer öffentlichen Sitzung des Parlaments stimmten die Abgeordneten allen Bestimmungen des Gesetzes zur Bekämpfung „feindlicher Aktionen des zionistischen Regimes“ zu, hieß es.
Laut iranischen Medien haben die Abgeordneten das Außenministerium beauftragt, eine virtuelle Botschaft der Islamischen Republik Iran in Jerusalem als Hauptstadt Palästinas

einzurichten. Dafür habe die Behörde sechs Monate Zeit.
Außerdem müsse das iranische Außenministerium ein „Referendum“ in Palästina organisieren (Teheran glaubt, das würde helfen, das Problem der Region zu lösen — Anm. d. Red.).
Darüber hinaus würden die Bestimmungen des neuen Gesetzes ein Verbot der Beförderung israelischer Waren durch den Iran sowie ein Verbot der Teilnahme von mit Israel verbundenen Unternehmen an Messen im Land vorsehen. Die Parlamentarier verpflichteten die Regierung außerdem dazu, anderen Staaten und Völkern bei der „Befreiung“ Jerusalems zu helfen.

**Nahost-Problem**

Israel hatte 1967 während des Sechstagekrieges unter anderem das Westjordanland, den Gazastreifen und Ost-Jerusalem erobert. Die Palästinenser fordern diese Gebiete für einen Staat Palästina. Im Rahmen des derzeit stockenden Nahost-Friedensprozesses fordern sie die Rückkehr zu den Grenzen von 1967 und möglicherweise auch einen Austausch von Gebieten. Israel weigert sich, an die damaligen Grenzen zurückzukehren, geschweige denn Jerusalem mit den Arabern zu teilen. Es wurde bereits zur„ewigen und unteilbaren Hauptstadt“ Israels erklärt.

https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32713/82/327138265_0:382:3076:2047_1000x0_80_0_1_7612f2e2d2d2b2d0e65cc1eb72083844.jpg.webp

Dan-news.info: **Erklärung der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa im Zusammenhang mit der Veröffentlichung eines Fotos des Passes des Vertreters der LVR in Minsk**

Gestern hat der Vizepremier der Ukraine Alexej Resnikow einer der ukrainischen Nachrichtenagenturen ein Interview gegeben, in dem er ein Foto des russischen Passes meines Kollegen, des Vertreters der LVR bei den Verhandlungen in Minsk, gezeigt hat. Dabei wurde die Existenz dieses Fotos als irgendein „Sieg“ und ein „großes Verdienst der Aufklärung“ dargestellt und mit Kommentaren begleitet, dass angeblich Inhaber russischer Pässe den Donbass nicht im Rahmen der Verhandlungen zur Regelung des Konflikts vertreten können. Aber die ukrainischen handelnden Personen vergessen im Eifer des Versuchs, einen Skandal aufzublasen, einige Momente. Erstens, die ganzen Umstände des Auftauchens des Fotos eines Passes als große und monumentale Entlarvung ist absolut nicht am Platze und sogar lächerlich, weil sowohl Herr Dejnego als auch andere Vertreter der Republiken in Minsk und überhaupt alle Einwohner des Donbass, die russische Pässe erhalten haben, was bis heute mehr als 200.000 sind, sich dieser Tatsache nicht schämen und sie nicht verheimlichen. Im Gegenteil, wir sind der Regierung der RF und dem Präsidenten persönlich für die humanitäre Entscheidung, uns die Möglichkeit zu geben, auf vereinfachte Weise die Staatsbürgerschaft zu erhalten, sehr dankbar.
Wir erinnern daran, dass diese Entscheidung eine erzwungene Maßnahme war, weil die ukrainische Regierung, die sich schon seit sechs Jahren mit der Einschränkung der Rechte und Freiheiten des Volks des Donbass beschäftigt, alle Anstrengungen eingebracht hat und weiter

einbringt, um das Passieren der Kontaktlinie und den Erhalt oder Austausch irgendwelcher ukrainischer Dokumente maximal zu erschweren.
Zweitens, Verhandlungen über eine Regelung des Konflikts müssen mit den Menschen geführt werden, die im Donbass geboren sind, leben und arbeiten, die nicht ihre Heimat verlassen haben. Natürlich nur, wenn Kiew tatsächlich an einer Regelung interessiert ist und nicht an einem Spiel für das Publikum, um sein Rating zu steigern. Die Tatsache, dass diese Menschen einen russischen Pass haben, ist eine weitere Erinnerung für die ukrainische Seite, dass mit jedem Tag weniger Einwohner des Donbass an die friedlichen Absichten der Kiewer Regierung glauben. Entsprechend, je mehr die ukrainische Regierung unsere unveräußerlichen Rechte und Freiheiten beschneidet, je mehr Hass und Unverständnis es sowohl in den Handlungen Kiews als auch in der Rhetorik seiner Vertreter gibt, umso größer wird die Kluft zwischen der Ukraine und den Republiken.
Und drittens, in Antizipation aller weiteren Versuche der „Entlarvung“ von Seiten der Ukraine, veröffentliche ich ein Foto, auf dem meine die Identität bestätigenden Dokumente zu sehen sind. Eine solche „Auswahl“ ist typisch für die Einwohner der Republiken, sie bringt sehr beredt den Gang der Ereignisse im Donbass in einem gewissen Zeitraum zum Ausdruck: Wir sind in der UdSSR geboren, dann waren wir in der Ukraine, dann, nach 2014, als der neue Staat uns verriet und einen Krieg gegen uns entfachte, waren wir gezwungen uns zu verteidigen und unseren Weg zu gehen, die Donezker Volksrepublik zu bauen und zu entwickeln. Während wir dabei von Seiten der Ukraine nur Geschosse, Verletzungen und Tod friedlicher Menschen erhalten, Schmerz und Zerstörung, Wirtschafts- und Transportblockade, gesetzwidrige Festnahmen und Beschneidung unserer Rechte, erhalten wir von Seiten der Russischen Föderation humanitäre Hilfe sowohl in Form der weißen KAMAS-Lastwagen als auch in Form von Erlassen, die unser Leben einfacher machen sollen. Der Kiewer Regierung muss langsam begreiflich gemacht werden: Sie hat alle nur möglichen Anstrengungen eingebracht, damit der Donbass aufhört, die ukrainische Region zu sein, die er war, und sie tut das weiter. Die Streitkräfte schießen nur einmal auf ihr eigenes Volk, der zweite Schuss geht schon auf ein fremdes Volk, und die Ukraine hat sechs Jahre lang unglaublich viele von diesen Schüssen abgegeben.
Wir sind bereit mit Kiew zu sprechen, aber nur unter einer Bedingung: wenn die ukrainische Regierung endlich anerkennt, dass sie mit den unmittelbaren Vertretern des Volkes des Donbass, das jetzt in der DVR und der LVR lebt, sprechen muss, und nicht mit irgendwelchen ihnen passenden, sorgfältig bearbeiteten und den Methoden der Kiewer Technologen folgenden Menschen.

https://dan-news.info/wp-content/uploads/2020/05/dan-news.info-2020-05-18_09-55-01_380923-photo-2020-05-18-12-35-42-1024x611.jpg

de.sputniknews.com: **Chinas Hilfe für betroffene Länder: Xi verspricht zwei Milliarden Dollar im Corona-Kampf**

China wird in den nächsten zwei Jahren insgesamt zwei Milliarden US-Dollar im Kampf gegen die Corona-Pandemie bereitstellen. Dies melden internationale Nachrichtenagenturen unter Berufung auf die jüngsten Aussagen des chinesischen Staatschefs Xi Jinping.

In einer Videobotschaft zum Auftakt des Jahrestreffens der Weltgesundheitsversammlung in Genf versprach Chinas Staatschefs, zwei Milliarden US-Dollar in den nächsten zwei Jahren bereitzustellen, um beim Kampf gegen das Coronavirus sowie bei der sozial-wirtschaftlichen Entwicklung in betroffenen Ländern, besonders in Entwicklungsländern, zu helfen.

Demnach soll unter Mitwirkung der Uno ein globales Depot und Hub eingerichtet werden, die die Lieferung von antiepidemiologischen Mitteln an bedürftige Länder sichern sollten. Dafür sollten „grüne“ Zoll-Korridore organisiert werden.

Xi betonte, es sei notwendig, möglichst schnell die Virus-Ausweitung zu stoppen. Eine zentrale Rolle im Corona-Kampf solle die Weltgesundheitsorganisation spielen.

Unter anderem sagte der Staatschef, dass sein Land „immer“ transparent im Umgang mit der Pandemie gewesen sei. China habe die WHO und andere Länder rechtzeitig über die epidemiologische Lage im Land informiert sowie alle Angaben, auch über das Genom des Virus, schnell und transparent zur Verfügung gestellt.

**Trump setzt Zahlungen an WHO vorerst aus**

Am 14. April hatte US-Präsident Donald Trump einen Stopp der Beitragszahlungen für die Weltgesundheitsorganisation (WHO) veranlasst. Trump warf der WHO schwere Fehler in ihrer Reaktion auf die Ausbreitung des neuartigen Virus vor und machte die Organisation für die Vielzahl an Corona-Toten mitverantwortlich.

**Coronavirus-Pandemie**

Das Virus Sars-CoV-2 wurde erstmals Ende Dezember in China entdeckt und breitete sich innerhalb von wenigen Monaten über den Globus aus. Das Epizentrum der neuartigen Krankheit war die Stadt Wuhan in der chinesischen Provinz Hubei. Am 11. März stufte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Ausbruch der Infektion als Pandemie ein.

Laut aktuellen Angaben der Johns Hopkins University wurden weltweit mehr als 4,7 Millionen Corona-Fälle und über 315.000 Todesopfer registriert.

https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32637/67/326376718_0:183:2938:1773_1000x0_80_0_1_601e7477fc280c93cb7dd4be7f03ebd8.jpg.webp

de.sputniknews.com: **Fünf Jahre nach Verbrechen: Israeli wegen Mordes im Westjordanland verurteilt – Medien**

Ein Bezirksgericht in der israelischen Stadt Lod hat am Montag den Rechtsaktivisten Amiram Ben-Uliel wegen Mordes bei einem Brandanschlag im Juli 2015 im arabischen Dorf Duma im Westjordanland verurteilt, bei dem ein palästinensisches Kleinkind und seine Eltern ums

Leben gekommen waren. Dies teilen zahreiche Medien mit.
Amiram Ben-Uliel sei des Mordes an drei Mitgliedern der palästinensischen Familie Dawabsheh schuldig befunden worden, hieß es. Das Bezirksgericht habe ihn des Brandanschlags beschuldigt, in dessen Ergebnis das Ehepaar und sein kleiner Sohn ums Leben kamen.

**Hintergrund**

Der Mord an der arabischen Familie, der sich in der Nacht zum 31. Juli 2015 ereignete, sorgte für Aufsehen. Damals steckten die Angreifer zwei Häuser in Brand, dabei hinterließen sie extremistische Inschriften an den Wänden. Der anderthalbjährige Ali Dawabsheh starb im Feuer, seine Eltern und sein älterer Bruder erlitten schwere Verbrennungen. Später starben die erwachsenen Familienmitglieder - Saad und Riham Dawabsheh - im Krankenhaus, nur ein vierjähriger Junge überlebte.
Unter dem Verdacht des Mordes wurde eine Gruppe junger Siedler festgenommen, von denen einige zu jener Zeit minderjährig waren. Sie wurden wegen Brandstiftung aus rassistischen Gründen und der Mitgliedschaft in einer Terrororganisation angeklagt. Einige der von den Angeklagten erhaltenen Geständnisse wurden später aus dem Fall ausgeschlossen: Ihre Anwälte konnten nachweisen, dass diese unter „besonderem Einfluss“ erlangt wurden.
Ben-Uliel verbrachte zweieinhalb Jahre in Haft und wurde dann im Sommer 2018 in den Hausarrest verlegt. Das Gericht in Lod, das ihn für schuldig befunden hat, drei Menschen getötet zu haben, ließ zugleich die Anklage wegen Mitgliedschaft in einer Terrororganisation fallen. Die Anwälte des Angeklagten haben bereits erklärt, dass sie gegen das Urteil Berufung einlegen wollen.

https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32713/92/327139270_0:0:3072:1663_1000x0_80_0_1_5d153e78291a2f0eeee2b83d230feed7.jpg.webp

de.sputniknews.com: **China fordert ein globales Pandemie-Reaktions-Audit**

China fordert eine umfassende Prüfung der globalen Reaktion auf die Pandemie nach dem Sieg über Covid-19. Dies erklärte der chinesische Präsident Xi Jinping bei der Eröffnung der 73. Vollversammlung für Gesundheitswesen am Montag in Genf.
„Coronavirus wird definitiv bekämpft werden. Diese Art von Notsituation verspricht jedoch, nicht die letzte zu sein. Es ist notwendig, das globale Gesundheitssystem zu verbessern, die Reaktionsfähigkeit auf Notfälle im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens zu verbessern und Reserve-Zentren für antiepidemische Mittel von globaler und regionaler Dimension zu schaffen. Wir befürworten eine umfassende Bewertung der globalen Reaktion auf die Pandemie, um Erfahrungen zu verallgemeinern und Lücken zu schließen, nachdem die Epidemie weltweit unter Kontrolle gebracht sein wird“, sagte Xi Jinping.
Ihm zufolge sollte eine solche Prüfung unter der Schirmherrschaft der WHO durchgeführt

werden.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 18.05.2020**
Nach Angaben, die von den Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK erfasst wurden, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **in den letzten 24 Stunden siebenmal das Feuer auf Ortschaften der Republik eröffnet**.
In **Richtung Gorlowka** haben Kriegsverbrecher der 58. Brigade unter Kommando von Kaschtschenko **Oserjanowka** sowie die **Siedlungen des Bergwerks 6/7 und des Gagarin-Bergwerks** mit 120mm- und 82mm-Mörsern beschossen.
In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 57. Brigade Mischantschuks das Feuer mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf **Spartak** und **Kaschtanowoje** eröffnet.
In **Richtung Mariupol** haben Kriegsverbrecher der 10. und der 128. Brigade unter Führung Subanitschs und Gontscharuks **Oktjabrj** und **Petrowskoje** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.
Während des Beschusses von Oktjabrj wurde das Haus in der Schtschorse-Straße 31 beschädigt.
Zusätzliche Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von ziviler Infrastruktur werden noch von unseren Beobachtern ermittelt.
Die Materialien zu den Fällen von Beschuss wurden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen die Brigadekommandeure der BFU Kaschtschenko, Mischantschuk, Subanitsch und Gontscharuk hinzuzufügen.
Wir stellen weiter **nicht kampfbedingte Verluste unter den ukrainischen Kämpfern** fest. Allein in den letzten 24 Stunden starb in der Zone der Besatzungskräfte ein Kämpfer der bewaffneten Formationen und zwei wurden verletzt. So erlitt im 34. Bataillon der 57. Brigade der Fähnrich Babenko bei Übungen zur Schießausbildung eine Schussverletzungen. Und in der 54. Brigade geriet der Soldat der 54. Brigade Lupsjakow beim Versuch, sich eigenmächtig vom Truppenteil zu entfernen, auf eigene Minenfelder. Bei der Bergung in das militärmedizinische Hospital von Pokrowsk starb der Soldat.
Wenn man eine Analyse der nicht kampfbedingten Verluste des Gegners durchführt, muss man anmerken, dass der schlechteste moralisch-psychische Zustand des Personals in den Einheiten festzustellen ist, die sich seit mehr als fünf Monaten in der OOS-Zone bfinden. Die Rekorde in dieser Frage schlägt die 128. Gebirgssturmbrigade, die seit Oktober 2019 im Donbass sitzt. Ein bezeichnendes Beispiel der Demoralisierung der Soldaten dieser Brigade ist die massenhafte Vergiftung mit alkoholischen Getränken im 15. Bataillon, in deren Folge acht Alkoholiker ins Krankenhaus gerieten, von ihnen starb der Fähnrich Lenz und drei weitere befinden sich in ernstem Zustand.
Derzeit führt der Bataillonskommandeur Major Golyschewskij eine Ermittlung zu diesem Fall durch, die dazu führt, dass diese Verluste als kampfbedingt, insbesondere als Verletzungen durch detonierende Geschosse, die von Seiten der DVR abgefeuert wurden, an den Stab der OOS gemeldet werden.
Das Kommando der OOS seinerseits vertraut den Berichten der Brigade- und Bataillonskommandeuren immer weniger und hat in diesem Zusammenhang eine eigene Kommission unter Leitung des stellvertretenden Kommandeurs der OOS Generalmajor Ignatjew in die 128. Brigade geschickt. Die Kommission wird nicht nur in diesem Verband arbeiten, sondern auch in der 28. Brigade, die im Vorfeld der Rotation vom Treibstofflager der operativ-taktischen Gruppierungen „Ost“ in Dobropolje einen Treibstoffvorrat für den Transport der Technik erhalten hat. Aber das geschäftstüchtige Brigadekommando hat den erhaltenen Treibstoff an Landwirte verkauft und nur einen Vorrat gelassen, um bis zur

Verladestation zu kommen.

ukrinform.de: **USA fordern Russland auf, die Krim wieder unter Kontrolle der Ukraine zu bringen**
Die Vereinigten Staaten werden niemals die illegale Annexion der Krim durch Russland anerkennen und fordern auf, die Halbinsel unter vollständige Kontrolle der Ukraine zu bringen, erklärte in einer Videoansprache anlässlich des 76. Jahrestages der Deportation der Krimtataren die Geschäftsträgerin der Vereinigten Staaten in der Ukraine, Kristina Kvien.
„Heute erinnern wir uns mit Traurigkeit an Beginn der sowjetischen Deportation der Krimtataren, die zu unvorstellbaren Verletzungen, Leiden und Tod von vielen tausend Menschen geführt hat... Dieses Trauma und Leiden werden durch die moderne Besetzung der Krim durch Russland noch mehr vertieft. Die Vereinigten Saaten erkennen nicht an und werden niemals die illegale Annexion der Krim durch Russland anerkennen. Unsere Sanktionen hinsichtlich der Krim werden so lange in Kraft bleiben, bis Russland die Halbinsel wieder unter ukrainische Kontrolle bringt“, sagte Kvien.
Sie versicherte, dass die Unterstützung der Vereinigten Staaten für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine unerschütterlich bleibt.
„Wir fordern Russland auf, die alte Tradition, den Einwohnern der Krim Leid zuzufügen, die Berufung in die Armee auf der Krim zu beenden und der Ukraine sofort die volle Kontrolle über die Krim zurückzugeben. Wir unterstützen die Ukraine und erklären erneut, dass die Krim zur Ukraine gehört“, sagte die US-amerikanische Diplomatin.

de.sputniknews.com: **Bei WHO „laufen die Fäden zusammen“: Merkel stärkt der Organisation im Streit mit USA den Rücken**
Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am Montag anlässlich der Corona-Krise eine Videobotschaft an die Weltgesundheitsversammlung (World Health Assembly, WHA) veröffentlicht.
In einer auf der offiziellen Webseite der Bundeskanzlerin publizierten Mitteilung stärkte Merkel der WHO im Streit mit den USA demonstrativ den Rücken.
Die Politikerin betonte demnach, dass die Corona-Krise „kein Land allein lösen“ könne. Man sollte „gemeinsam handeln“.
„Die Weltgesundheitsorganisation ist die legitimierte globale Institution, bei der die Fäden zusammenlaufen“, so Merkel.
Weil das so ist, sollten wir „immer wieder prüfen, wie wir die Abläufe in der WHO weiter verbessern“ könnten. Dies soll eine Anspielung auf die Kritik von US-Präsident Donald Trump an der Organisation sein.
„Dazu gehört auch, für ein nachhaltiges Finanzierungssystem zu sorgen.“
Die Kanzlerin zeigte sich überzeugt, dass die Coronavirus-Pandemie überwunden werde. Je mehr die Länder „global gemeinsam“ daran arbeiten würden, „umso schneller und besser“ werde das gelingen. …

Mil-lnr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**
Nach Angaben der Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK hat der Gegner **in den letzten 24 Stunden dreimal das Regime der Feuereinstellung verletzt**.
In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 93. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Bryshinskij zweimal eine **Reparaturbrigade der staatlichen Elektrizitätswerke und Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK** während der Durchführung von Reparaturarbeiten an einem Pfeiler der Hochspannungsleitung Michalowka – Kommunarskaja, der durch Beschuss von Seiten der Ukraine beschädigt

worden war, beschossen.
Das Kommando des Gegners hat ein weiteres Mal demonstriert, dass seine schriftlichen Sicherheitsgarantien nichts wert sind. Sie ignorierend haben die ukrainischen Kämpfer **Berewsowkoje** mit Schützenpanzern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen. Außerdem haben Kämpfer der 93. Brigade 50 Schüsse mit Schützenpanzerwaffen auf **Smeloje** abgegeben.
Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.
**Der Gegner nutzt weiter aktiv Drohnen.** Das Kommando der Volksmiliz versichert den ukrainischen Besatzern ein weiteres Mal die Nutzlosigkeit dieser Aktivitäten. Dank des einheitlichen Systems zur Leitung der Mittel der elektronischen Kriegführung und der Luftabwehr „Albatros K“ sowie den sachkundigen Handlungen einer Mannschaft einer Störstation „Triton M1“ wurde **gestern, am 17. Mai im Gebiet von Nowoalexandrowka eine Drohne der BFU vom Typ „Mavic Pro“ entdeckt und abgeschossen**, sie führte einen Flug aus Richtung Popasnaja in Richtung Kalinowo-Borschtschewatoje im Verantwortungsbereich der 30. Brigade der BFU durch. Die Informationen vom Datenträger der Drohne werden von unseren Spezialisten untersucht.
Ich bitte die Vertreter der OSZE-Mission, diesen Verstoß zu erfassen und die ukrainische Seite zu verpflichten, ihre Verpflichtungen einzuhalten.
Wir erhalten weiter Informationen über **neue Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten** der BFU in der OOS-Zone.
Nach Informationen unserer Quellen hat eine Gruppe von Technikern der 30. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Garas Örtlichkeiten im Gebiet von Nowoalexandrowka vermint. Infolge der fehlenden Ausbildung der Pioniere der 30. Brigade und der chaotischen Verminung er Örtlichkeit durch die Kämpfer, ohne Erstellung von genauen Karten der Minenfelder, gerieten drei Soldaten, die die Verminung durchführten, auf eine zuvor von ihren Kameraden installierte Sprengeinrichtung. Durch die Detonation erlitten der Oberfeldwebel Gurshij und die Soldaten Semenenko und Tschujko Splitterverletzungen. Die Kämpfer wurden in das Zentralkrankenhaus von Popasnaja eingeliefert.
Wir wenden uns an die Einwohner von Nowoalexandrowka und Popasnaja! Seien Sie wachsam! Die regelmäßige chaotische Verminung von Örtlichkeiten durch Kämpfer der 30. Brigade ist eine direkte Gefahr für Ihr Leben und Ihre Gesundheit! Wir rufen die OSZE-Beobachter auf, die notwendige Aufmerksamkeit auf die kriminellen Handlungen der Einheiten der BFU zu richten, die eine Verschlechterung der humanitären Situation in den Ortschaften in der Nähe der Kontaktlinie befördern.

de.sputniknews.com: **Teheran erklärt sich bereit zur Abwehr von Angriffen auf iranische Tanker**
Das iranische Militär will „in gebührender Weise“ jeden Angriff auf iranische Schiffe und Öltanker in internationalen Gewässern abwehren. Dies teilte der Fernsehsender Press TV mit. „Die internationalen Gewässer sollten entweder für alle Öltanker oder für niemanden sicher bleiben“, sagte ein Militärbeamter, der nicht namentlich genannt werden wollte, gegenüber dem Fernsehsender. Der Iran werde als Antwort auf jegliches Handeln gegen die iranischen Tanker, die nach Venezuela unterwegs sind, einen Schlag führen, fügte der Beamte hinzu.
Wie die Agentur Reuters zuvor unter Berufung auf einen ranghohen Mitarbeiter der Administration von US-Präsident Donald Trump berichtet hatte, erwäge Washington Maßnahmen, die gegen den Iran ergriffen werden könnten, der Erdöl nach Venezuela liefere. Die Agentur teilte auch mit, Washington sei dem Beamten zufolge dessen höchst sicher, dass die Regierung in Venezuela dem Iran „Tonnen Gold“ zahle.
Danach schrieb der iranische Außenminister Mohammed Dschawad Sarif einen Brief an UN-Generalsekretär Antonio Guterres. In dem Schreiben wurde gewarnt, dass Teheran antworten

werde, falls die iranischen Tanker durch die USA bedroht werden sollten.
Die USA waren 2018 einseitig aus dem Abkommen mit dem Iran ausgestiegen und hatten Sanktionen gegen Teheran und dessen Partner verhängt. Washington deklarierte das Ziel, den Export iranischen Erdöls bis auf Null herabzusetzen, und forderte die Kunden des Irans auf, vom Kauf iranischen Öls abzusehen.

https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32502/28/325022898_0:236:1920:1275_1000x0_80_0_1_d48c6e2541ffa9a1a45cef82c7f61a44.jpg.webp

Lug-info.com: **Erklärung des Oberhaupts der LVR Leonid Pasetschnik**
Am 15. Mai wurde infolge des Beschusses von Beresowskoje die Hochspannungsleitung „Michajlowka – Kommunarskaja“, die das Altschewsker Metallkombinat mit Strom versorgt, beschädigt. Am 16. Mai wurde eine Stromleitung am Abschnitt zwischen den Unterstationen „Michajlowka-Tscherkasskaja“ beschädigt. Einige tausend Personen hatten keinen Strom. Beim Versuch einen beschädigten Strompfeiler zu reparieren wurden die Reparaturbrigaden ununterbrochen von Seiten der BFU beschossen.
Die systematischen Anstrengungen der ukrainischen Streitkräfte, Objekte der zivilen Infrastruktur funktionsunfähig zu machen, zeugen von den Absichten des offiziellen Kiew, die Friedensprozesse zur Regelung des Konflikts zu sabotieren und die Wirtschaft der Republik zu untergraben. Offensichtlich scheinen dem Präsidenten Selenskij sechs Jahre Kriegshandlungen und Wirtschaftsblockade gegen die Bevölkerung der Lugansker Volksrepublik als unzureichende Anstrengungen zur Vernichtung des Volkes des Donbass. Sich von allen Vereinbarungen entfernend, sowohl den Minskern als auch denen, die beim Normandie-Gipfel in Paris erreicht wurden, vernichtet er weiter mit kriminellen Befehlen die Infrastruktur der Lugansker Volksrepublik und gefährdet friedliche Einwohner.
Ich rufe die OSZE und die Garantenstaaten der Minsker Vereinbarungen auf, auf die ukrainische Seite Einfluss auszuüben, um den bewaffneten Provokationen ein Ende zu setzen.

deutsch.rt.com: **„Sie vertrödeln Ihre Zeit mit Bürokratie": Putin kritisiert Behörden für Teilzahlungen an Ärzte**
Aufgrund der Corona-Krise verspricht der russische Präsident Putin Zuschüsse für alle Mediziner, die Corona-Kranke behandeln. Er kündigt Prämien in Höhe von bis zu 80.000 Rubel an. Doch was so einfach klingt, entwickelt sich zu einem Zahlenspiel der Behörden.
In seinen Fernsehansprachen an die Nation hat der russische Präsident Wladimir Putin mehrmals Prämien für das gesamte medizinische Personal, das Corona-Patienten behandelt, versprochen. Ärzte sollten demnach einen Zuschuss in Höhe von 80.000 Rubel (etwa 1.000 Euro) erhalten, Krankenschwestern sowie Notfallärzte 50.000 Rubel (630 Euro) und Pfleger 25.000 Rubel (320 Euro).
Kurz darauf beschwerten sich einige Ärzte, dass sie nur einen Teil der versprochenen Beträge

erhalten hätten. Vor allem in den sozialen Netzwerken brachten viele Mediziner zum Ausdruck, dass sie sich übervorteilt fühlten. Ihre Vorgesetzten hätten die Prämien an die tatsächliche Arbeitszeit mit Corona-Kranken angepasst. Die betroffenen Mediziner seien nur für die unmittelbare Arbeitszeit mit Infizierten bis auf die Minute genau entlohnt worden. Um die von Putin versprochenen Summen zu erhalten, müssten die Ärzte ihre gesamte Arbeitszeit für die Behandlung von Corona-Kranken aufwenden.
In einer Videokonferenz am Freitag kritisierte Putin die Regionalbehörden für diesen Schritt und forderte sie auf, allen Medizinern die versprochenen Summen vollständig zu überweisen, ungeachtet der tatsächlichen Arbeitszeit mit Corona-Kranken. Die Beamten zitierten daraufhin ein Regierungsdekret, wonach es in einem Absatz um die „tatsächlich geleistete Arbeitszeit“ geht. Der Präsident widersprach dieser Interpretation. Er erinnerte daran, dass die Regionen angewiesen wurden, allen Medizinern die Zahlungen für April bis zum 15. Mai in vollem Umfang zu überweisen. Er forderte alle Regionalbehörden auf, die ausstehenden Geldbeträge so schnell wie möglich auszuzahlen:
„Ich habe konkrete Summen für die Arbeit mit Corona-Patienten genannt. Nicht für fünf, zehn Minuten oder für zwei Arbeitsstunden, sondern schlichtweg für den Fakt ihrer Arbeit.“
Am Samstag erschien ein neues Regierungsdekret, welches besagt, dass alle Zahlungen vollständig erfolgen sollen. Premierminister Michail Mischustin empfahl allen Medizinern, ihre Beschwerden auf einer Online-Plattform einzureichen, falls ihre Rechte weiterhin verletzt werden.
Wie am Montag bekannt wurde, haben Staatsanwälte, die die Auszahlungen an das medizinische Personal kontrollieren, Verstöße in mehr als zehn Regionen des Landes festgestellt. Dies meldet die Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft seien die Zuschüsse bereits neu berechnet worden.
<iframe width="781" height="439" src="https://www.youtube.com/embed/CqzqPLfixYs" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>
https://youtu.be/CqzqPLfixYs

ukrinform.de: **Vize-Premierminister: Ukraine wird Wasserversorgung besetzter Krim nicht wiederherstellen**
Die Ukraine könne die Wasserversorgung der Krim erst nach der Befreiung der Halbinsel wiederherstellen, sagte in einem Interview mit Interfax-Ukraine (interfax.com.ua) der Vize-Premierminister der Ukraine - Minister für die Reintegration der vorläufig besetzten Gebiete, Oleksij Resnikow.
Auf die Frage, ob die Wiederherstellung der Wasserversorgung der vorläufig besetzten Krim von ukrainischen Behörden jemals diskutiert wurde, sagte er: „Niemand wird etwas wiederherstellen. Es gibt eine einfache Antwort: Nach der Befreiung versorgen wir unsere Krim mit unserem Wasser“.
Resnikow betonte, dass jetzt für diese Situation ausschließlich Russland verantwortlich sei. „Demnach müssen sie laut Genfer Konvention alle humanitären Bedürfnisse der Zivilbevölkerung decken“, sagte er.

https://static.ukrinform.com/photos/2019_12/thumb_files/630_360_1576095027-621.jpg

**abends:**

de.sputniknews.com: **Huawei hält US-Exportbeschränkungen für „willkürlich“**
Der chinesische Netzwerkausrüster und Smartphonehersteller Huawei hat die Exportbeschränkungen der USA als „willkürlich“ und geschäftsschädigend bezeichnet. „Wir werden alles in Bewegung setzen, um Lösungen zu finden“, teilte das Unternehmen am Montag mit.
Wie der Chairman von Huawei, Guo Ping, sagte, gehe es für das Unternehmen jetzt um das „Überleben“. Er bestätigte auch, dass Huawei alle Regeln und Vorschriften der US-Regierung eingehalten habe.
Am Freitag hatte das US-Handelsministerium erklärt, dass Chiphersteller keine Halbleiter an den weltweit zweitgrößten Smartphoneproduzenten liefern dürften, sofern diese auf Software und Technologie aus den USA beruhten. Schon im vergangenen Jahr hatte die US-Regierung das chinesische Unternehmen Huawei auf eine schwarze Liste gesetzt. Huawei benötigt die Chips für seine Smartphones und Netzwerk-Ausrüstung.
Der US-Präsident Donald Trump hatte auch die Geschäfte der amerikanischen Firmen mit den chinesischen Netzwerkausrüstern Huawei und ZTE untersagt. Er verlängerte ein Dekret, mit dem er Geschäfte zwischen US-Unternehmen und ausländischen Konzernen verbot, die die nationale Sicherheit der USA gefährden könnten.
US-Geheimdienste werfen Huawei und ZTE vor, Verbindungen zur Regierung in Peking zu haben. Sie vermuten, Ausrüstung oder Handys dieser Hersteller könnten Spionen eine Hintertür öffnen, um an Staats- und Firmengeheimnisse zu gelangen oder kritische Infrastruktur lahmzulegen. Allerdings weist Huawei diese Vorwürfe vehement zurück.
Angesichts der Verlängerung der US-Maßnahmen drohte die Volksrepublik mit Vergeltungsmaßnahmen beispielsweise gegen Apple und Cisco.

de.sputniknews.com: **US-Generalstaatsanwalt: Apples Datenschutzrichtlinie bedroht die nationale Sicherheit**
Die Politik des US-Unternehmens Apple in Bezug auf den Schutz personenbezogener Daten, darunter auch vor Strafverfolgung, gefährdet laut dem US-Staatsanwalt William Barr die nationale Sicherheit der USA und ist inakzeptabel.
Bei einer Pressekonferenz am Montag im Zusammenhang mit der Untersuchung eines bewaffneten Angriffs auf einen Luftwaffenstützpunkt in Florida erinnerte Barr daran, dass Apple Daten auf Geräten so verschlüssele, dass sie nur für Benutzer zugänglich seien.

**Gefährliche Konsequenzen**

„In Fällen, in denen ein (Apple-) Benutzer ein gewalttätiger Verbrecher ist, der Menschen schmuggelt und Kinder bedroht, haben die Entscheidungen von Apple gefährliche Konsequenzen für die öffentliche und nationale Sicherheit. Meiner Meinung nach ist dies inakzeptabel“, erklärte Barr auf einer Pressekonferenz.

Laut dem Generalstaatsanwalt brauchten die Strafverfolgungsbehörden vier Monate, um das Smartphone des Verbrechers zu knacken, da Apple sich geweigert hätte, zu helfen. Barr betonte, dass der Täter mit der Terrorvereinigung „Al-Qaida“ verbunden war.

**Kooperation mit großen Technologieunternehmen**

Nach eigenen Worten habe Barr im vergangenen Jahr Kooperationsoptionen mit großen Technologieunternehmen erörtert, doch es sei ihm nicht gelungen, in dieser Angelegenheit voranzukommen.

Der Generalstaatsanwalt fügte hinzu, dass Saudi-Arabien bei der Ermittlung eng mit der amerikanischen Seite zusammengearbeitet und zusammen mit dem Pentagon einen neuen Mechanismus zur Überprüfung von Kandidaten für eine Ausbildung in den Vereinigten Staaten ausgearbeitet habe, damit ein solcher Vorfall nicht erneut auftreten könne.

**Schießerei in Florida**

Im Dezember 2019 wurden bei einer Schießerei auf einer Militärbasis in Florida vier Menschen getötet, darunter der Schütze, acht weitere wurden verletzt. Als Angreifer erwies sich ein Soldat aus Saudi-Arabien, Mohammed Saeed Alshamrani, der auf dem Militärstützpunkt ausgebildet wurde. Das Pentagon kündigte daraufhin die Beendigung der operativen Ausbildung aller in den Vereinigten Staaten studierenden saudi-arabischen Militärangehörigen auf unbestimmte Zeit an.